

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Steuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialerpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N.J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

### An die Leser des „Volksstaat“.

In Folge der sehr bedeutend gestiegenen Papierpreise wird der Preis des „Volksstaat“ vom 1. April an von 12 Ngr. auf 12 1/2 Ngr. erhöht. Das Abonnement für Leipzig und Umgegend kostet von da an vierteljährlich 13 Ngr., monatlich 4 1/2 Ngr.

### An unsere Parteigenossen!

Wie Ihr wißt, beginnen Montag den 11. März die Schwurgerichtsverhandlungen in dem „Hochverratsprozeß“ gegen uns. Viele von Euch werden denselben bewohnen wollen. Dies veranlaßt uns, die dringende Aufforderung an Euch zu richten, weder durch Zeichen des Beifalls noch des Mißfallens die Verhandlungen zu unterbrechen. Geschehe was da wolle, verhaltet Euch ruhig. Mag unsere Gegnerschaft durch bößliche Gehartikel, oder durch bezahlte Agents provocateurs Euch zu reizen suchen, macht diese perfiden Machinationen durch Eure Besonnenheit zu Schanden. Die Abrechnung wird nicht ausbleiben. Leipzig, den 3. März.

Bebel, Liebknecht, Deyner.

Auf verschiedene Anfragen bezüglich des „Hochverratsprozesses“ gegen die Leipziger Angeklagten diene Folgendes zur Mittheilung:

Der Prozeß wird voraussichtlich die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen.

Um einen Platz auf der Tribüne zu erhalten, sind Billets notwendig, welche das Leipziger Bezirksgericht, resp. der Direktor desselben, Herr Geheimrath Nothe, ausgiebt, aber nur auf persönliche Anmeldung. Da bereits an 1700 Billets ausgegeben sind, so haben natürlich die 200 — mehr haben nicht Platz — die zuerst da sind, die Siege gewonnen.

Der untere freie Raum des Saales ist beliebigem Zutritt geöffnet und wird geschlossen, sobald er gefüllt ist. Wer hier Platz haben will, muß frühzeitig auf dem Fleck sein. Die Verhandlungen beginnen Vormittags 9 Uhr.

### Humanität und ökonomische Weisheit unserer Bourgeoisipiken.

I) Die Handels- und Gewerbekammer von Plauen, deren Vorsitzende die Herren Fabrikant Franz Mammen und Buchbinder Schiller sind, haben am 6. Febr. beschloffen.

„Die Kammer wolle die königliche Staatsregierung ersuchen, dahin zu wirken, daß in der Reichsgewerbeordnung, was deren Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in Fabriken betrifft, 1) die zulässige Arbeitszeit der Kinder von 12—14 Jahren von 6 auf 7 Stunden täglich erhöht, 2) bei jungen Leuten von 14—16 Jahren die Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden aufgehoben, 3) die Vorschrift wegen jedesmaliger Gestattung von Bewegung in freier Luft während der geschlossenen Arbeitspausen an die Voraussetzung der Möglichkeit einer solchen geknüpft, 4) der zulässige früheste Beginn der Arbeitszeit von 5 1/2 auf 5 Uhr morgens verlegt, 5) das ausdrückliche und besondere Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an Sonn- und Feiertagen sowie während der von dem ordentlichen Seelforger für den Katechumenen- und Konfirmandenunterricht bestimmten Stunden in Wegfall gebracht, 6) die Vorschrift wegen vorheriger Anzeige bei der Ortspolizeibehörde bei beabsichtigter regelmäßiger Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in einer Fabrik beseitigt, 7) für die vorgeschriebene halbjährliche Anzeige der Anzahl dieser Arbeiter bei der Ortspolizeibehörde ein bestimmter Zeitpunkt, nämlich die letzte Woche des Juni und die letzte Woche des Dezember oder am liebsten bloß die letztere festgesetzt, 8) in das Arbeitsbuch auch eine Rubrik der täglichen Arbeitszeit eines jeden Arbeiters aufgenommen und 9) die Strafbestimmungen wegen Annahme von Kindern zur Beschäftigung in Fabriken auch auf die rechtlichen Vertreter dieser Kinder, mit deren Genehmigung die Annahme erfolgt ist, ausgedehnt, daß ferner 10) in der Ausführungsverordnung, die bei Ausstellung eines Arbeitsbuches zu entrichtende Gebühr ganz in Wegfall gebracht oder höchstens auf den Kostenpreis festgesetzt, nicht minder aber 11) daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern in Fabriken überall gleichmäßig mit größter Strenge durchgeführt und dabei insbesondere die Mitwirkung der Lehrer in geregelter Weise in Anspruch genommen werde. Die Minoritätsanträge der Kommission auf Herabsetzung des Minimalalters für die Zulässigkeit der Beschäftigung in Fabriken vom 12. auf das 10. oder wenigstens auf das 11. Lebensjahr, der Majoritätsantrag auf völlige Beseitigung der Arbeitsbücher und der einstimmige Kommissionsantrag auf Aufnahme einer Bestimmung des Inhalts in die Reichsgewerbeordnung, daß Kinder entweder nur am Vormittage oder nur am Nachmittage in Fabriken beschäftigt werden dürfen, erregten eine sehr lebhafteste Debatte, vermochten aber die Mehrheit der Kammer nicht für sich zu gewinnen.“

Dies der Beschluß. Die Plauensche Gewerbekammer gilt für die „freisinnigste“ in Sachsen (Ihr Vorsitzender, Fabrikant

Mammen, geritt sich als „Demokrat“) und hat sich sogar den Ruf der „Arbeiterfreundlichkeit“ erworben. Und diese „freisinnigste“, „arbeiterfreundliche“ Handelskammer legt ihr Gewicht in die Waagschale gegen die lärglichen Bestimmungen des Norddeutschen Gewerbegesetzes zu Gunsten der vom Kapital ausgebeuteten Kinder. Die Ausbeutungszeit, jetzt schon so reichlich bemessen, daß von halbwegs genügendem Schulbesuch nicht die Rede sein kann, soll noch ausgedehnt, und zwei Jahrgänge mehr der heranwachsenden Jugend sollen dem Moloch geopfert — Alles, was über 14 Jahre zählt, schutzlos auf den „Arbeitsmarkt“ geschleudert werden!

Wohl sieht der Kapitalismus überhaupt in feindlichem Gegensatz zur Humanität; wohl ist die ganze heutige Produktionsweise mit ihrer Herabwürdigung des Menschen zum bloßen Produktionsinstrument, zur Waare ein Hohn auf die Menschheit, allein nirgends tritt dieß so grell hervor als in der Frage der Kinderarbeit. Auf das Kind kann selbst der roheste Manchestermann nicht die Lehre vom laissez faire, laissez aller vorbehaltslos anwenden. Das Kind ist auf die Hilfe der Familie und der Gesellschaft angewiesen — selbst der roheste Manchestermann giebt dies bis zu einem gewissen Grade zu. Ohne häusliche Pflege, ohne Schulunterricht, ohne Erziehung geht das Kind in den meisten Fällen physisch, in allen moralisch zu Grunde. Der moderne Staat, so wenig er auch sonst seiner Verpflichtungen sich bewußt oder eingedenk ist, hat doch seine Pflicht, die Kinder vor solchem physischen und moralischen Untergang zu bewahren, prinzipiell anerkannt, indem er Gesetze erließ, welche sie störenden und zerstörenden Einflüssen entziehen sollen. Die betreffenden Gesetze sind leider bei weitem nicht ausreichend, und werden obendrein, namentlich in Deutschland, nicht mit der nöthigen Strenge gehandhabt. Trotdem sind sie der Bourgeoisie ein Dorn im Auge; sie sieht in ihnen einen Eingriff in die heiligen Rechte des Kapitals, neben denen die Menschenrechte zu verstümmeln haben. Das Kind kann „arbeiten“, d. h. die Taschen des Kapitalisten füllen — ergo hat der Kapitalist ein Anrecht auf das Kind; das Kind „arbeitet“ billiger, d. h. fällt relativ rascher die Tasche des Kapitalisten als der erwachsene Arbeiter — ergo hat der Kapitalist ein doppeltes Anrecht auf das Kind. Freilich, es wird der Familie entzogen, wenn der Kapitalist von seinem Anrecht Gebrauch macht, es wird körperlich, geistig und sittlich dem Verderben geweiht — aber was scheert sich der Kapitalist darum? Er hat sein „Recht“ auf das Kind, und wie Schylock auf seinem „Schein“, so besteht der Kapitalist auf seinem „Recht“, das Herzblut des Kindes abzupumpfen, und sich dampfgleich damit zu mästen. Und in Bezug hierauf herrscht absolute Einmüthigkeit unter den Priestern des Kapitalismus. Nicht Eine Stimme des Protests erhob sich in der Plauenschen Handels- und Gewerbekammer gegen den schamlosen Beschluß. Opposition war zwar vorhanden, allein nur, weil die Minorität den Beschluß nicht radikal genug fand, und das Kind schon vom 10. Lebensjahre dem Moloch überliefern wollte!

Wir wiederholen: Die Handels- und Gewerbekammer von Plauen gilt für die „freisinnigste“ und „arbeiterfreundlichste“ Sachsen — die Arbeiter mögen sich nun selbst an den Fingern abzählen, was ihr Loos sein würde, wenn die Gesetzgebung in den Händen der „freisinnigen“ und „Arbeiterfreundlichen“ Bourgeoisie wäre.

II) Der Sekretär der Rostocker Handelskammer, Herr Barrot, sagt in einem Schreiben an die Redaktion des „Arbeitergebet“:

„Was mich ungeheuer wundert, ist die Behandlung, die auch von Ihren Kreisen aus die „soziale Frage“ findet. Hier muß mehr vorliegen, als bloßer Mangel an Unterricht und Bildung in den unteren Klassen und Mangel an humaner Herzensbildung bei den Arbeitgebern: das ist immer bloß eine Seite der Sache. Und wenn ich durchaus damit einverstanden bin, daß Subventionirung (Unterstützung) der Arbeiter durch den Staat nach Possaléschen Vorschlägen Thorheit (!) und vom Uebel ist, so meine ich, muß doch noch mehr vom Uebel sein, wenn wir Jahr für Jahr an unsere höchstbegüterten Mitbürger Staatssubventionen (Staatsunterstützungen) im Betrage vieler Millionen Thaler jährlich zahlen. Ich halte aber die Vergebung dieser Subventionen an Banquiers, Stockjobber, Eisenbahnpetenten, Verwaltungsräthe u. für die eigentliche (!) und wirkliche (!) Ursache des Sozialismus. — Wenn wir in Form des Zettelbankprivilegiums z. B. an unsere Banquiers eine Staatssubvention von jährlich 7—10 Mill. Thln. in Deutschland zahlen, so heißt das, meiner Ansicht nach, weiter nichts, als „die Arbeit der Internationale verrichten.“ Nehmen Sie dazu die durch das Staatsschuldenwesen geschaffene und durch das übrige Papierunwesen vermehrte Maschinenrie zur millionweisen Bereicherung Einzelner ohne Arbeit, die vergleichsweise Exemption (Befreiung) der so und ähnlich fort und fort Bereicherten von der Besteuerung, nehmen Sie hinzu die in dem Aktiengesellschaftswesen jeder Art liegende beständige unwirtschaftliche Deplacirung (Fortsetzung) von der Stelle der vernünftigen Wirksamkeit) von Kapital mit Schaffung herdenweiser öffentlicher Sinecuren (gut bezahlter Faulenzustellen) in Form von Verwaltungsräthen — da haben Sie den Sozialismus (!) — Wer mag da noch gern arbeiten, wo man ohne Arbeit „spielend“ Millionen gewinnen kann? — Steht nicht die Zeit dicht vor unserer Thür, ja schon mit

einem Fuße im Heiligthum unserer deutschen Ehrlichkeit, die Zeit, in welcher das nichtsinnige Börsentreiben alle Schichten unserer Gesellschaft ebenso anreffen wird, wie es in Frankreich unter dem Kaiserreiche nicht nur, sondern auch vorher der Fall war und heute noch der Fall ist? — Und nun auch die andere Seite des Kreisstromes. Welchen Gebrauch macht die im Handumdrehen mit Millionen sich bereichernde Plutokratie (Geldherrschaft) mit ihren Mitteln? Sie erhebt den „Schwindel“, d. h. den professionsmäßigen Betrug, die geschäftsmäßige Ausbeutung des Publikums, d. h. Derer, die arbeiten, zu ihrem Prinzip, sie kauft unsere Presse mit Haut und Haar und beherrscht so systematisch unsere öffentliche Meinung, sie forrumpirt das öffentliche Beamtenthum, sie demoralisirt unsere gesammten öffentlichen Zustände und reißt zuletzt Alles in den Abgrund! — Glaubt man, daß Volksbildungsvereine dagegen ankämpfen können, wenn man nicht damit anfängt, die Wurzel des Uebels auszurotten, wenn man die Ursache des Uebels ruhig fortwirken läßt? — Ueberschlagen Sie sich ein wenig die Unsummen, um die es sich bei den heutigen an unsere höchstbegüterten Mitbürger aus unser Aller Taschen gezahlten Staatssubventionen handelt, und Sie werden zu der Einsicht gelangen, daß das Ankämpfen gegen den „Sozialismus“ ersten Orts mit der Bekämpfung jener thörichten und staatsgefährlichen Privilegien zu beginnen hat, welche wir zu Gunsten des Großkapitals geschaffen haben.“

So Herr Barrot. Was derselbe über den Börsenschwindel, die Staatshälfe für das Kapital, die Demoralisation unserer gesammten öffentlichen Zustände, die Korruption unserer Presse, die geschäftsmäßige Ausbeutung Derer, die arbeiten u. sagt, können wir füglich unterschreiben; auch gegen die Auffassung haben wir nichts einzuwenden, daß der Staat durch die Begünstigung dieses Treibens „die Arbeit der Internationalen verrichte“; wenn aber Herr Barrot die „Staatssubventionen an Bankiers, Stockjobber“ u. für „die eigentliche und wirkliche Ursache des Sozialismus“ hält, und in der „millionweisen Bereicherung Einzelner ohne Arbeit“ und in der „vergleichsweisen Exemption der Bereicherten“ den „Sozialismus“ erblickt, so verräth dies eine Ignoranz, die für einen Mann in der Stellung des Hrn. Barrot geradezu kompromittirend ist, und auch auf den Bildungszustand Derjenigen, welche ihn in diese Stellung gebracht, ein höchst nachtheiliges Licht wirft.

Das Versailler Bauernparlament veröffentlicht eine „Untersuchung“ der Pariser Revolution; das Nachwort ist natürlich höchst oberflächlich und kaum werth, daß man darin ein paar Minuten blättert. Der „Radical“ giebt einige Proben daraus zum Besten. Herr Martial Delpit sagt in seinem Bericht: „Wenn unsere Väter 1789 Recht gehabt haben, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herstellen zu wollen, so irren sie sich, indem sie verkanteten, daß alle Autorität von Gott kommt.“ „Die Schule entchristlichen, das heißt den moralischen Stand der Nation erniedrigen.“ Und so weiter.

Herr Thiers, der bekanntlich „niemals sein Vaterland belogen hat und niemals belügen wird“, sagte in seiner (wahrscheinlich schriftlichen) Erklärung an die Untersuchungskommission unter Anderm Folgendes: „Der Sozialismus kann sich auf 2 Arten einschleichen: Durch die Internationale, welche den Preis der Handarbeit fälscht und durch unrecht erhobene Steuer. Man kann durch gewisse Steuern, z. B. die Einkommensteuer, zum Sozialismus gelangen, d. h. dazu, das Vermögen Denen zu nehmen, die etwas haben, und zwar ungerechter Weise.“

„Ich bin es gewesen, der den Gedanken erfunden hat, den bloßen Umstand der Mitgliedschaft bei der Internationalen als ein Vergehen zu betrachten. Das ist meines Erachtens das sicherste Mittel, die Internationale auf ihrem Terrain zu bekämpfen. Denn, ihr die Fägel schießen lassen in einem ganz bestimmten und gekennzeichneten Vergehen, in einem Vergehen bei einem Strife, den sie begünstigt, antizipiert, unterhält, — das ist ein schwieriges Ding. — Wenn man sich auf die alte Gesetzgebung beschränken wollte, welche sie als eine „ungefährliche Verbindung“ mit einigen Tagen Haft oder einer Geldbuße bestraft, würde man nichts ausrichten. Man muß die Mitgliedschaft bei der Internationalen als ein schweres Verbrechen betrachten. Man muß sie als ein neues Verbrechen allen denen hinzufügen, welche die Kriminalgesetzgebung zu unterdrücken hat. Ich betrachte es als eine Gewissenspflicht für alle Freunde der sozialen Ordnung in Europa, den Kampf aufzunehmen. Wir für unsern Theil beginnen, indem wir das Ihnen vorgelegte Gesetz vorschlagen (Siehe diesen Gesetzentwurf in Nr. 10 d. Bl. R. d. S.). Dieses Gesetz ist übrigens nur der Ausgangspunkt einer Reihe von Maßnahmen, um deren Genehmigung wir Sie angehen werden.“

Nur zu, Ihr Herren! Wir können und wollen es nicht hindern, daß Ihr Euch lächerlich macht! —

Inzwischen wird gemüthlich fort gefandrechtelt und erschossen — zur Rettung der Gesellschaft.

Und die Ketter der Gesellschaft sie haben das Recht den Staat zu bestehlen, öffentliche Rechnungen zu fälschen und vom Schweiß des Volkes die insamsen Orgien zu feiern! Die Bourgeois-Geschwornen haben es soeben ausdrücklich erklärt, indem sie den Präfeld Janvier de la Motte freisprechen — natürlich im Namen des Eigenthums und der Familie!

Die Küfer dieses Landes (coopers) haben sich in den letzten zwei Jahren eine starke, über das ganze Land verbreitete Organisation geschaffen. Im Vertrauen darauf weigerten sich die Küfer eines hiesigen Geschäftes kürzlich, gewissen neuen Zumuthungen ihrer Herren Arbeitgeber zu entsprechen und erklärten den Ausstand. Darob entstand groß Geschrei. Die Herren Arbeitgeber, Mitglieder der Produkten-Börse, wandten sich an diese und es wurde von den Herren beschlossen, die Gesezgebung um Wiedereinführung des Verschöndungsgesezes und um Aufhebung des Acht-Stunden-Gesezes anzugehen. Die New-Yorker Handelskammer wurde um ihre Mitwirkung ersucht, dieselbe auch prinzipiell zugestanden, aber von weiteren Schritten vorläufig abgerathen, weil die Gesezgebung zu sehr mit Reformen der Stadt- und Staatsverwaltung beschäftigt sei. — Das alte Verschöndungsgesez verbot die Verabredung zwischen Personen zur Benachtheiligung Anderer durch Erhöhung von Löhnen u. dgl. Daß diese Handelskammer in ihren Börsen, Kammern u. täglich, stündlich das Gesez übertreten, kam ihnen nicht in den Sinn, oder verstand sich von selber als ein den „Herren“ zustehendes Recht. Den Arbeitern dasselbe Recht zuzugestehen — „ja Bauer! Das ist was ganz Andres!“

Die achte Jahresversammlung der „New-Yorker Staats-Arbeiter-Assembly“ wurde Dienstag, d. 23. Jan. d. J. in Albany eröffnet durch deren Vorsitzenden Wm. J. Jessup, der, wie gewöhnlich, seine Jahresberichtschrift voll der interessantesten Daten über hiesige Arbeiterverhältnisse und den Zustand der Gewerksvereine vorlegte. Sobald dieselbe gedruckt vorliegt, werden dem „Volkstaat“ Auszüge daraus zugedacht werden. — Die Kooperativ-Assoziation New-Yorker Drucker sandte N. W. Young (siehe frühere Berichte) als Delegirten und wurde seine Vollmacht zurückgewiesen, weil die Gesellschaft nicht wirklich kooperativ sei — sie ist nämlich auf rein kapitalistischen Prinzipien gegründet. Doch wurde zur Milderung dieses gerechten Beschlusses der N. Young als Ehrenmitglied zugelassen, wegen früherer langjähriger Theilnahme an der Organisation. Ein Gesezvorschlag (daß das noch nöthig ist!) wurde eingebracht, um pünktliche vierzehntägige Bezahlung der städtischen Arbeiter der Stadt New-York zu veranlassen, da viele derselben jetzt schon Monate auf ihren Lohn warten. Ferner ein Vorschlag, in der Stadt New-York einen Ausschuß von fünf praktischen Handwerkern — je ein Zimmermann, Maurer, Stuckaturarbeiter, Anstreicher und Steinhauer — niederzusetzen, welcher die öffentlichen Arbeiten und die Ausführung derselben durch gelehrte Handwerker beaufsichtigen soll. Nach eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, Wm. J. Jessup als Mitglied der in Washington zu errichtenden Nationalen Arbeits-Kommission zu empfehlen. Es wurde ein Komitè niedergesezt zur Untersuchung des Verfahrens der Kommissäre und des Superintendenten des neuen Kapitollbaues zu Albany. In der Verhandlung darüber wurden staunenerregende Enthüllungen gemacht über die Nichtnützlichkeit dieser Beamten. Es wurde öffentlich erklärt und Beweise dafür angeboten, daß eine große Quantität des für diesen Staatsbau bestimmten und vom Staat bezahlten Materials zu Privatwzwecken an Privatgebäuden verwandt worden sei, sowie daß eine Anzahl Arbeiter und Fuhrwerke, aus dem Staatsäckel bezahlt, während dieser vom Staat bezahlten Zeit an die Errichtung von Privatgebäuden gestellt worden sei. Ein in der Gesezgebung des Staates deshalb gestellter Antrag zur Untersuchung der Sache ist bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Es muß nicht vergessen werden, daß gerade diese Beamten durch schamlose Uebertretung und Nichtachtung des Achtstundengesezes den Hauptstoß zu der großen Achtstundendemonstration vom 13. Sept. v. J. gaben. — Beschlüsse und Gesezvorschläge wurden ferner eingebracht zur Durchführung des Achtstundengesezes, gegen Benutzung alter Häuser, zum Schutz der Bauarbeiter gegen Unglücksfälle, zur Errichtung einer Staats-Arbeits-Kommission, für Ausschluß des Religionsunterrichts in den Volksschulen u. s. w. Der Gehalt des Präsidenten wurde auf 800 Dollars festgesezt und Wm. J. Jessup wiedergewählt.

Die deutsche Arbeiter-Union der Stadt New-York erwähnte in ihrer Wahlversammlung neulich B. Dettle zum Präsidenten, Hennes zum Vizepräsidenten und F. Volke wieder zum Sekretär. Der halbjährliche Bericht des Letzteren ist angefügt. Hoffentlich erlaßt die Arbeiterunion wieder.

Die Steinbrecher in Portland, Connecticut, sind im Ausstand gegen eine von den Unternehmern ihnen angemuthete Herabsezung ihrer Hungerlöhne. Sie werden von vielen Gewerks- und Arbeiter-Vereinen Unterstützung erhalten. Möge sie ihnen zum Siege verhelfen!

Die Tischler New-Yorks betreiben unausgesezt die Bildung von Achtstunden-Liga's, und die Holzbildhauer folgen ihnen jetzt.

Die Bergleute Pennsylvaniens haben in eine Herabsezung ihrer geringen Löhne für das Jahr 1872 willigen müssen.

Eine englischsprechende Sektion von San Francisco hat Zutritt im provisorischen Föderal-Rath erlangt. Delegat N. Bliffert, ein Irlander.

Die Vorbereitungen zur Herausgabe eines deutschen Arbeiterblattes werden eifrig betrieben.

Der oben erwähnte Bericht Volke's lautet:  
Mitarbeiter!

Als ich vor einem Jahre in diesem Körper meinen Bericht gab, hatte ich wenigstens zu konstatiren, daß die Union nach verschiedenen Richtungen gewirkt und auch Resultate erzielt habe, z. B. die Sprengung der Workingmen's friendly Society u. dgl.; ich muß bedauern, daß ich heute nicht in der Lage bin, von Erfolgen der Union zu sprechen.

Die damaligen Mißstände unter den Gewerksvereinen traten von der Zeit an immer mehr und mehr zu Tage und verfehlten natürlich nicht ihren dezimirenden Eindruck auf die Arbeiter-Union auszuüben. Hier löste sich ein Verein auf, dort ein anderer, und die noch bestehenden waren schwach. In dem damaligen Berichte wurde schon darauf hingewiesen, daß das Verhältniß zwischen Arbeit und Kapital ein entgegengesetztes, feindseliges sei; der Zweck davon war, darauf hinzuweisen, daß die meisten Gewerksvereine auf falschen Voraussetzungen gegründet seien, und deshalb auch keinen Bestand haben könnten. In der That, die vielen zusammengebrochenen Gewerksvereine, welche

theilweise gegründet waren, um auf friedlichem Wege die Differenzen zwischen Arbeit und Kapital auszugleichen, d. h. durch gegenseitiges Entgegenkommen einerseits einen höheren Lohn zu erzielen, andererseits aber dem Kapital seine sogenannten Rechte einräumten, welche mit anderen Worten die so beliebte Phrase, mit dem Kapital Hand in Hand zu gehen, bewahrheiten wollten, sind der gründlichste Beweis, daß keine Vereinigung der Arbeiter von Dauer ist, welche nicht strikte auf dem Boden der revolutionären Bewegung steht, dem der ausgebeuteten Klasse gegenüber dem ausbeutenden Kapitale. Als Sylvio, der frühere Präsident des National-Labor-Kongresses, kurz nach Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges die denkwürdigen Worte schrieb: „Der Bürgerkrieg hat in Amerika eine reine und unverfälschte Kapital-Herrschaft geschaffen“, gab er damit zugleich den Arbeitern einen Fingerzeig, auf welcher Basis sie sich zu organisiren haben, und heute, nachdem Jahre verfloßen sind, fängt man an, es zu begreifen.

Die Arbeiter, welche sich heute organisiren, fühlen es, wenn sie es auch nicht alle erkennen, und ist die Periode der jetzigen Organisation eben die Uebergangsperiode von dem alten Friedensdusel zu dem großen Kampfe für die Emanzipation der Arbeit.

Solche Uebergangsperioden kennzeichnen sich durch allerlei Versuche, welche theilweise gemacht werden, um die alte Organisation aufrecht zu erhalten, theilweise um die neue zu gründen. Die Protokolle der Arbeiter-Union vom letzten Jahre geben davon ein beredtes Zeugniß. Da waren zunächst die Abendunterhaltungen. Es wurden deren zwei gehalten, welche einen kleinen Ueberschuß ergaben an Kassa, sonst aber spurlos vorübergingen.

Das Arbeiterfest am 12. Juni war ein vollständiges Fiasko, dasselbe war theilweise jedenfalls der ungünstigen Witterung zuzuschreiben, allein, verhehlen wir es uns nicht, andererseits bewies es, daß ein großer Theil der Arbeiter immer noch auf dem alten Boden steht und sich nur schwer oder gar nicht entschließen konnte, öffentlich zu konstatiren: wir wollen uns vereinigen zu einem großen gemeinsamen Zwecke, der ist: Front zu machen gegen die bestehenden Verhältnisse, welche die kapitalistische Gesellschaft geschaffen hat.

Die Gründung einer Lesehalle wurde weilläufig berathen und — vergessen.

Das Projekt, eine neue Zeitung zu gründen, schien man ernstlich angehen zu wollen. Ein provisorischer Verwaltungsrath wurde gewöhlt, bestehend aus 3 Delegaten von der Arbeiter-Union und drei weiteren Delegaten von dem Central-Komitè der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Die Delegaten dieses Verwaltungsraths erstatteten einmal Bericht und dann nimmermehr. Es wurde ein Prospekt der Zeitung vorgelegt und wurden ein paar Reden darüber gehalten, dann die Debatte vertagt und sie blieb vertagt — bis heute. Dennoch ist eine wirkliche Arbeiterzeitung eines der wirksamsten Mittel, um die Arbeiter auf der Basis zu vereinigen, welche eben angedeutet, nämlich Abschaffung der Lohnsklaverei.

Die Aufnahme von statistischen Angaben der Arbeiter über ihre Verhältnisse scheint von den Vereinen ganz ad acta gelegt zu sein.

Eine neue Konstitution für die Arbeiter-Union wurde berathen und angenommen, und ist dieselbe seit einem Monate in Kraft; sie bezeichnet jedenfalls einen Fortschritt, insofern als sie, wenn richtig gehandhabt und mit Energie durchgeführt, die Arbeiter eben zum Klassenbewußtsein führt, d. i., die Arbeiterklasse im Gegensatz zur Klasse der Ausbeuter. Daß die Arbeiter anfangen, sich unter dieser Konstitution von Neuem zu organisiren und zu zentralisiren, ist gewiß ein gutes Zeichen, und bei einigermaßen angestrenzter Thätigkeit und Ausdauer seitens der Delegaten kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Die New-York State Workingmen's Assembly wurde voriges Jahr von der Arbeiter-Union beschickt und aus dem Bericht des Delegaten ergab sich ebenfalls, daß dieser Körper sowohl als auch die darin vertretenen Vereine sich in dem Stadium des Uebergangs befinden; es wurde dort viel gesprochen und beschlossen (des Delegaten eigene Worte) und wenig gehandelt. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo wenig gesprochen und beschlossen, aber viel gethan wird.

Eine Bewegung verdient hier erwähnt zu werden, zumal da sie von Arbeitern und nur von Arbeitern ausging, welche stattdes zur Zeit als die Arbeiter-Union hinsichtlich ihrer Existenz selbst in Zweifel war, sich in Folge dessen auch nicht theilnahmten, wenn schon einzelne Vereine, z. B. der Tischlerverein, Costum Taylor und andere sich daran theilnahmen; ich meine die Acht-Stunden-Demonstration im Monate August 1871.

Die 8-Stunden-Frage ist hier in diesem Körper fasssam besprochen worden; ich erlaube mir hier bloß zu konstatiren, daß diese Demonstration der erste revolutionäre Schritt war, welcher von einer großen Masse von Arbeitern ausging, indem sie etwas verlangte, was ihnen wahrscheinlich nie gewährt werden wird; denn die Vortheile, welche sich aus der 8-Stunden-Arbeit ergeben, sind allein auf Seiten der Arbeit, und eben deshalb ist diese Frage auch ein so vortreffliches Agitationsmittel. — Beweis hierfür sind die verschiedenen 8-Stunden-Eigen, welche in Folge dessen gegründet sind. — Zu bedauern ist nur, daß die so schön begonnene Bewegung von einigen Reformern und Arbeiterfreunden ausgebeutet wurde, anstatt sie dazu zu benutzen, neues Leben in die Vereine zu bringen.

Im Kongresse der Vereinigten Staaten liegt eine Vorlage vor, eine National-Arbeits-Kommission zu schaffen. Dies Unternehmen muß von den Arbeitern so viel als möglich unterstützt werden, nicht weil sie von demselben ihr Heil erwarten, sondern weil dann der Arbeiter offiziell von seinen Verhältnissen unterrichtet wird, und dürften dieselben dann nicht so rosenfarbig erscheinen, als sie mancher Arbeiter heute noch sieht.

Schließlich noch zwei Worte über die schon erwähnten Arbeiterfreunde und Reformen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: sie sind die allerschlimmsten Feinde der arbeitenden Klasse, sie versprechen alles und halten nichts. Darum, Arbeiter, haltet das eine fest: „Die Befreiung von der Lohnsklaverei kann nur durch den Arbeiter selbst erzwungen werden, und das Mittel dazu ist die Vereinigung der Arbeiter aller Länder.“  
F. Volke, Sekretär.

Am Vorabend der Schwurgerichtsverhandlungen gegen die Leipziger Sozialdemokraten,\*)

so betitelt sich ein Artikel des „Leipziger Tageblattes“, abgedruckt aus den „Grenzboten“.

Ueber diesen Artikel habe ich mir keine andere Ansicht bilden können, als die, daß ehrlose Gesinnung ihn dictirt, ehrlose Gesinnung seine Aufnahme in die bezeichneten Blätter ermöglicht hat, und wenn irgend Etwas geeignet ist, den tiefen Verfall der Bourgeoisie im Allgemeinen und den der Bourgeoisie-Prese im Besonderen zu beweisen, so ist es gerade der in Rede stehende Artikel.

An sich gilt es schon als unerlaubt, einen Prozeß vor den Gerichtsverhandlungen zu besprechen; im hiesigen Prozeße ist dies bei Strafe verboten. Es sei hier auch bemerkt, daß der „Volkstaat“ sich einer Beeinflussung des Publikums vor den Verhandlungen durch geeignete Besprechungen, sowohl bei dem hiesigen Prozeße, wie bei dem bevorstehenden Leipziger, enthalten hat. Dem gegenüber bringt der obige Artikel nicht allein eine eingehende, dabei höchst einseitige und schiefe Darstellung über den letzteren, sondern er bringt dieselbe in einer Weise, welche einen doppelten und nach beiden Seiten gleich verwerflichen Zweck verfolgt. Es soll einmal durch denselben die Stimmung der Geschwornen zu Ungunsten der Angeklagten im höheren Maße beeinflusst, und es sollen ferner die letzteren veranlaßt werden, lieber runderhauert irgend welche Vorbereitung von Hochverrath zuzugestehen, als zu behaupten, daß ihre Handlungen sich nach den bestehenden Gesezen eingerichtet haben.

Das letztere von uns im hiesigen Prozesse beobachtete Verfahren wird uns und speziell mir als Feigheit, als Verleugnung der „heiligen Grundsätze“ der rothen Republik, der rothen Fahne u. s. w. ausgelegt. Und das, obgleich der Verfasser selbst aus der Koch'schen Broschüre über unsern Prozeß ersehen haben möchte, daß weder einer meiner Freunde, noch ich auch nur das Geringste von unsern Parteigrundsätzen verleugnet haben. Im Gegentheil, wir haben alle mit Wärme das ideale Ziel, nach dem wir streben, die rothe Republik, vor den Richtern bekannt, und gerade dann ist aus dem Zuhörerraume, in welchem sich nach dem „Leipziger Tageblatt“ in solcher Falle allerdings nur „Janhagel“ befinden kann, ein lauter Beifallsruf ertönt, als ich von der rothen Republik und ihren Grundsätzen gesprochen hatte. Mit derselben Entschiedenheit aber, mit der wir diese Grundsätze bekannt, haben wir bestritten, mit unsern Handlungen irgend welche Geseze verlegt zu haben, und wir haben auch die Genugthuung gehabt, dies vor unserm höchsten Gerichtshofe im Wesentlichen anerkannt zu sehen. Das aber kann die Bourgeoisie in ihrem grenzenlosen Haße gegen unsere Sache nicht vermeiden. Sie hält es für unmöglich, daß man in den Schranken der von ihr selbst geschaffenen Geseze für Verwirklichung unserer Grundsätze wirken könne, und gerade je weniger bei diesem Streben eine Verletzung von Gesezen vorgekommen ist, um so wüthender sucht sie aus unsern Grundsätzen heraus unsere Bestrafung als notwendig hinzustellen.

Seine ganze niedere Heffigkeit zeigt der Artikelschreiber u. A. bei der Stelle, in welcher er das Zeugniß des Professor Ahmann über mich verächtlich zu machen sucht. Woher weiß der saubere Herr, daß dieser mein alter Lehrer aus der „Correspondenz meiner Schreibstube“ Zeugniß für die Fehlerfreiheit meines „Charakter's“ abgelegt? In seinem Haß, in dem Bewußtsein der eigenen Niedertracht und um der beabsichtigten Einwirkung auf die Geschwornen willen, da er der saubere Artikelschreiber nicht zugeben, daß ein angesehenere Mann, der mich kennt, ein mich ehrendes Zeugniß ablegt von meinem Charakter, und darf das selbst dann nicht, wenn dieser Mann ein vielleicht ebenso entschiedener politischer Gegner von mir ist, wie er selbst.

Wenn der Schreiber nun aber gar von einer „Mühe, Feinheit und Kraft der Anklage“, von einer „Würde, Borurtheillosigkeit und Serchichtigkeit der Richter“ spricht mit Bezug auf unsern Prozeß, so muß derselbe nur die Koch'sche Broschüre gelesen haben und kann die späteren obergerichtlichen Verhandlungen nicht kennen. Bei diesen ist die Anklage gegen uns in ihrem innersten Wesen gradezu vernichtet worden, und das Resultat der Verhandlungen war bekanntlich die Kassirung des ganzen kreisgerichtlichen Urtheils. Mit derartigen Behauptungen und Redensarten macht man sich bei solcher Lage der Dinge gradezu lächerlich.

Es ist leider nicht möglich gewesen, die gleichfalls „altenmännige Darstellung“ des Lögener Kettentransportes und der späteren Gerichtsverhandlungen, einschließlich derer vor dem Herzoglichen Obergericht zu Wolfenbüttel, welche ich bearbeitete, noch vor den Leipziger Verhandlungen herauszugeben. Leider erst nach denselben kann die Broschüre erscheinen. Es ist das um so mehr zu bedauern, als aus den gesammten Akten und aus den gesammten Verhandlungen sich ein ganz anderes Bild von unserem Prozesse ergeben würde, als dies aus den aus dem Zusammenhange gerissenen Sätzen des Artikelschreibers, oder auch aus der Koch'schen Broschüre möglich ist. Denn letztere umfaßt erstlich nur die Verhandlungen bis zum kreisgerichtlichen, später in seinem ganzen Umfange kassirten Urtheil; und ferner sind in derselben theilweise unsere Aussagen recht falsch und mangelhaft wiedergegeben. So läßt mich Herr Staatsanwalt Koch sagen, daß ich von den, durch die Kommune begangenen Schandthaten gesprochen habe, während ich lediglich von jenen Schandthaten sprach, wie sie sich, als von der Kommune angeblich begangen, im Hirne eben desselben Herrn Staatsanwaltes spiegelte.

Beim Lesen des Artikels im „Leipziger Tageblatt“ ist mir ein unüberwindlicher Ekel gekommen vor solcher Schreibererei. Und ich habe die Hoffnung, daß ein solches Verfahren auch bei den Geschwornen und den Angeklagten nur das Entgegengesetzte des beabsichtigten Zweckes zu erreichen vermag.  
Braunschweig, 3. März. B. Brack jun.

\*) Die Leipziger Angeklagten wollten von diesem Artikel, der in jeder Zeile das eigenste Gepräge von Hans Blum trägt, im „Volkstaat“ keine Notiz nehmen. Da Braack jedoch gleichfalls in jenem Aufsatze verhöhnt und angegriffen wird, so konnte gegen Aufnahme des Obigen seitens der Redaktion nichts eingewendet werden.

# Die Filial-Expeditionen betreffend.

Da bis jetzt kein Quartalschluss vergangen ist, ohne daß wir nicht die Erfahrung hätten machen müssen, daß bald hier bald dort Blätter, welche wir zur größeren Bequemlichkeit der Parteigenossen an einzelnen Orten Filial-Expeditionen zum Vertrieb übergeben haben, unbegründet, sehen wir uns veranlaßt, unter Hinweis auf die bezüglichen Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses und unter Zustimmung des Parteiaussschusses nachstehendes Reglement wiederholt zu veröffentlichen:

§ 1. Eine Filial-Expedition wird nur dann gegründet, wenn die Parteimitglieder an dem Ort, wo die Gründung derselben stattfinden soll, sich verpflichten, die Kontrolle zu übernehmen und für pünktliche und volle Erfüllung der Verpflichtungen an die Haupt-Expedition einzustehen.

§ 2. Jede Filial-Expedition erhält eine beliebig große Anzahl Exemplare regelmäßig zugesandt, jedoch nicht unter 20. Für je 1 Abonnement per Quartal haben dieselben 10 Sgr. = 35 fr. südd. Währung zu bezahlen und erhalten auf je 10 Abonnements 1 Frei-Exemplar.

§ 3. Das Porto für die Pakete haben die Filial-Expeditionen zu tragen, es erfolgt deshalb die Sendung von der Haupt-Expedition unfrankirt.

§ 4. Der Betrag für die verkauften Blätter ist am Ende des Quartals nach obiger Berechnung (§ 2) franko an die Haupt-Expedition einzusenden.

§ 5. Ist nach Verlauf von 14 Tagen des neuen Quartals der Betrag für das vorhergehende nicht berichtet, so wird die betreffende Filial-Expedition und Mitgliedschaft schriftlich aufgefordert, binnen weiteren 8 Tagen die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Bleibt diese Mahnung fruchtlos, so werden die Sendungen ohne Weiteres eingestellt und die Thatsache im Parteiorgan veröffentlicht.

Wir wiederholen, daß obige Bestimmungen von jetzt ab von uns strengstens eingehalten werden, und ersuchen deshalb die Mitgliedschaften, wo Filial-Expeditionen bestehen, uns binnen 14 Tagen anzuzeigen, ob sie geneigt sind, die in obigem Reglement niedergelegten Verpflichtungen zu übernehmen.

Indem wir auf obiges Reglement hinweisen, bemerken wir, daß die unterzeichnete Kommission, welche bekanntlich durch Beschluß des Parteikongresses zu Dresden in's Leben gerufen wurde, in erster Linie darauf zu sehen hat, daß die Verwaltung des Blattes ihren regelrechten Fortgang habe. Dazu gehört aber vor allen Dingen Pünktlichkeit in den Zahlungen. Soll der Kredit des Blattes nicht schwer geschädigt werden, so ist vor allen Dingen pünktliche Erfüllung der Verpflichtungen gegen Drucker und Papierhändler die Hauptsache. Diese ist nur möglich, wenn die Schuldner des Parteiorgans auch ihrer Pflicht nachkommen. Wir sind entschlossen, die Expedition des „Volksstaat“ in der Ausführung obigen Reglements streng zu kontrollieren.

Leipzig, den 6. März 1872.

## Die Verwaltungskommission des „Volksstaat“ und des „Parteischriften-Verkaufs“.

### Au die Manufaktur- Arbeiter Württembergs. Kollegen!

Unser Ruf hat sich insbesondere an folgende Geschäfte, ohne damit etwa nicht namentlich angeführte ausschließen oder zurückgehen zu wollen:

**Zuch- und Zeugmacher, Lein-, Band-, Seidens-, Fabrik- und Landweber, Spinner, Appreteure, Fabrik- und Handarbeiter.**

Der Druck und die Leiden, die seit Jahrzehnten immer schwerer auf unseren Geschäften lasten, haben sich in der letzten Zeit bis zur Unentrichtlichkeit gesteigert.

Die Lebensbedürfnisse steigern sich fort und fort und nöthigen zu langer Arbeit. **Noth und Geldbesorgen führen zu Krankheiten aller Art und frühem Tod.** Beamten aller Berufsstände wird ihr Gehalt nach den Verhältnissen aufgebessert, wir müssen dafür mit aufkommen. Uns bleibt nur schlechter Verdienst, unregelmäßiger Gehaltszahlung und eine slavische Behandlung, welche seit Jahrzehnten in schmerzhaftem Maße so heimlich geworden wie in der Webererei, sowie deren verwandten Branchen. Die verschiedenen Künste aufeinander folgenden Kriege, zu jeder Zeit von den unbedeutendsten Folgen für unsere Geschäfte begleitet, hauptsächlich aber der letzte deutsch-französische Krieg, hat dieses Uebel größer als je hervortreten lassen und zwang uns, zu erwidern, und wir langsam untergehen oder unsere Existenz **bessern und wahren** wollten. An allen Orten gleichzeitig, am meisten in Sachsen, rafften sich die Berufsge nossen auf und drachten unsere Leiden und Beschwerden an die Öffentlichkeit. Kein reichlich gekannter Mensch hat sie zu läugnen gesucht, und sogar der größte Theil hat sie anerkannt. Nur erklärten dieselben die Macht der Konkurrenz zu groß, als daß sie als Einzelne oder an einem einzelnen Plage den Uebelständen abhelfen vermöchten. Es ist wahr: wenn Hilfe möglich ist, so ist sie nur möglich durch unser **aller vereinigte und gleichzeitige Aufstrengung.** Nun wohl! machen wir diese Aufstrengung, vereinigen wir uns!

Schon vor einigen Jahren hat sich mit dem Sieg in Göttingen und der Vororts-Verwaltung in Gimmelsheim in Sachsen die Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter gebildet, die trotz Krieg und anderem Widerstand bis heute noch wirkt und unsere Berufsinteressen unermüdet wahrnimmt. Die beste Anerkennung ihrer Thätigkeit liegt in den Maßregelungen, die neuerdings sächsische Behörden gegen die dortigen Gewerkschaften vorgenommen haben. Ein Theil derselben ist für politisch verbandet erklärt, ein anderer als staatsgefährlich, gemahnt und dem Gehorsam der Polizei überantwortet. Sie haben protestirt gegen diese Vergehwaltung der Arbeiterschaft, mit Wort und That, aber sie stehen heute noch, ob auseinander gesprengt oder nur stückweisend gebildet, unerschütterlich **treu zum großen Ganzen** und ein Solches können wir trotz alledem unsere Gewerkschaft bezeichnen.

Zu Pfingsten 1871 hat außerdem ein allgemeiner deutscher Weberkongress in Glauchau in Sachsen, gefordert und zahlreich besichtigt, durch unsere Gewerkschaften, eine weitere Sammlung der getrennten und umhergestreuten Weber- und Manufaktur-Arbeiterelemente angebahnt, eine Einigung der künstlich feindlich gespaltenen Gewerkschaften verschiedener Namen, aber eines Prinzips vorbereitet. Soll endlich der Sieg anstehen, so muß durch alle Gauen der ausgedehnten und mißbrauchten Arbeitswelt Gleich ein Gleich sein, und wir fühlen dies Bedürfnis in unseren nächsten Kreisen im Schwabenlande nicht minder lebhaft, als unsere kämpfenden Brüder im weiten Reich und darüber hinaus. Auch uns in Württemberg gilt der Mahnruf zur Sammlung der Berufsge nossen gegen die verbündete gefährliche Kapitalmacht. Wo immer dem Ansehen nach auch noch etwas weniger erschöpft, als unsere Mannschaften im Norden, es drückt uns allmählig die silberne Faust in immer engerer und engerer Kreise und Grenzen und unser Schicksal ist kein besseres, unsere Zukunft keine lichtere, wenn wir dabei müßig stehen.

Haben wir doch bereits am Pfingsten in einem Jahrzehnt eine Lohnerniedrigung von 30 Prozent zu verzeichnen, wo hingegen die Lebensmittel-, Preise und Wohnmieten um das **doppelte** gestiegen sind. Selbst der fälschlich im „Schwäbischen Merkur“ veröffentlichte Jahresbericht des Handels- und Gewerbestatistikamtes geht zu, daß im verfloßenen Jahr der Lohn der Landweber um 33 Prozent gefallen ist.

\*) Diese letztere Bestimmung gilt noch nicht für das laufende Quartal.

Eine besondere Ehrenpflicht bleibt uns aber noch zu erfüllen, indem wir fest geschlossen hinter unsere sächsische Brüder treten und sie durch rastlose Mitarbeit ermuntern und begeistern müssen. Dies geschieht, wenn es uns gelingt, den noch unbenutzten Boden der sächsischen Industrie-Distrikte mit unseren Sektionen, durch deren Gründung und Verbreitung in Besitz zu nehmen und alle Berufs- und Parteigenossen mögen sich dazu die Hände reichen. Berufsge nossen, die sich unserer Gewerkschaft anschließen wollen, können in ihren Versammlungen folgende Fragen diskutieren:

- I. Wie ist es gekommen, daß die Löhne so gedrückt sind?
- II. Wie sind sie zu heben?
- III. Wie sind sie den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhalten?

Und nun Kollegen allerorts, und besonders Württembergs, liegt Euer und Eurer Familie Schicksal in Euren Händen. Von dem Umschlage in welchen Ihr Euch vereinigt, von der Besonnenheit, mit welcher Ihr berathet und beschließt, endlich von der Energie und Pünktlichkeit, mit welcher die Beschlüsse ausgeführt werden, wird es abhängen, ob sich unser Stand aus seiner jetzigen Lage heraus in eine menschenwürdiger zu erheben vermag!

Wir fordern die Genossen allenthalben auf, die ihnen zugesandten Aufrufe womöglich überall zu verbreiten und zirkuliren zu lassen und sich bei Gründung von Vereinen sofort an uns zu wenden, wo ihnen dann das Gründungsmaterial oder, wenn notwendig, ein Mann zur Verfügung gestellt wird.

Mit Gruß und Handschlag  
Der Bevollmächtigte der hiesigen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

**Jakob Frieß.**  
Untere Deutscherstr. No. 50.  
Eßlingen, den 18. Febr. 1872.

## Der Liberalismus und die Klerisei.

Viele, wenn nicht die meisten, werden sich den innersten Grund der nach dem „glorreichen deutschen“ Kriege ausgebrochenen Fehlschüsse zwischen der Bourgeoisie und ihren Votenenträgern nicht erklären können. Dieser Grund ist ein sehr einfacher. Zunächst fühlt die Geisteslichter, vorzüglich die katholische, daß es mit dem seit einem Jahre entstandenen Rennerungen eine bedeutliche, ja gefährliche Sache sei. Ihre Selbstherrlichkeit als Leiter und Vertreter des Volkes scheint den Herren Klerikern auf die Spitze gestellt, für die Zukunft sogar bedroht. Sie wissen wohl, daß keine Regierung sie in ihren Verdummungsbestrebungen hindern wird, aber sie wollen, wie bisher, nach jeder Richtung hin freies Spiel haben, und das wird ihnen jetzt verweigert, sie sollen Herrn von Bismarcks Bemühungen um jeden Preis unterstützen, sie sollen den liberalen Humbug, das moderne Verfallungsstadium lobpreisen, sie sollen die Gegner desselben verdammen, als höllischen Anomalen, ohne selbst einen Brocken von der Deute erhaschen zu können. Die Staatsdiener jeder Kategorie außer der niederen werden im Solde erbt, für ihre geleisteten oder gewöhnlichen Dienste belohnt. Sie aber — die Klerisei — geht leer aus und sieht ihre Rechte, ihre bisher unbestrittenen Vorrechte plötzlich beschneit. Der Noth hat sich als Handhabe, als Hebel wenig probat erwiesen, seine alten Verdienste zwar bleiben anerkannt, aber jetzt mag er zum Kufal geben, wenn er sich nur in einem Punkte der liberalen Bourgeoisie nicht willfährig zeigt. Diese letztere ist unheimlich über ihre Zukunft. Jetzt geht das Ding noch, es muß auch später gehen und die Schwarzen werden wohl oder übel beim edlen Werke h'sen müssen. „Ach uns die Ländstuch! Freiheit wäre es eine verzweiflungsvolle Geschichte, wenn auch die Bauern und Tagelöhner die verderblichen Lehren der Sozialisten vom Eigentumsrechte, das wir bisher ungenutzt zu unsern Beuten handhaben, auch für sich in Anwendung bringen wollten. Doch haben ehemals unsere Vorgänger, die Ritter der Geburt, jenes Lumpengesinde im Banertrüge wie Hunde niedergemetelt, wird es auch uns gelingen, uns freie Bahn für unser geselliges Eigentum, für unser allseitiges Belieben zu schaffen. Herr von Bismarck hat Recht, da seine Pläne gelungen; die Aristokratie und ihre Diener haben zwar den direkten Nutzen, wir nur den relationen, aber der ist groß genug, um unsere politische Erniedrigung zu vergessen zu machen. Die Arbeiter zwingen wir durch Hunger und Södel. Die Beamten, unsere gesetzlichen Belegsche, haben wir durch Disziplinarstrafe, die Soldaten durch das Kriegsrecht an uns gebunden. Die Geistlichkeit mag sich noch eine Zeitlang spreizen, sie wird bald zur Vernunft, zur Einsicht kommen, daß unsere der Bourgeoisie, auch ihre Interessen sind, und daß sie bei den Weltumwürlern am Schlimmsten fahren würde. Die Pariser Kommune wird ihr zum warnenden Schreckbild dienen. Mit der Presse werden wir durch Maßregelungen und Besetzungen fertig; überdies ist sie seit Anno 70 aus eigenem Antrieb unsere eifrige Dienerin. Wo keine Sorge, wir beschuden uns zu wohl, als daß wir unsere heutigen Zustände nicht als die besten ansehen und für ewige Zeiten uns garantiren möchten. Wehe unsern Gegnern! Der Parlamentarismus ist für uns und wie für Herrn von Bismarck die zudienlichste Staatsform. Ueberlassen wir ihm alles Weitere.“

## Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Abrechnung der Hauptkasse pro 4. Quartal 1871.

Eingang: Kassenbestand am Schluß des 3. Quartals 1871. Thlr. 145. 8. 11. Gehmlich Thlr. 12. 12. 1. Altona Thlr. 45. 27. 6. Stade Thlr. 7. 25. —. Leipzig Thlr. 9. 29. 5. Regensburg Thlr. 2. 4. 3. Luzern 3. und 4. Quartal Thlr. 4. 25. 2. Augsburg Thlr. 2. 9. —. Köln Thlr. 2. 11. 5. Dresden Thlr. 12. 1. —. Erfurt Thlr. 34. 12. —. Braunschweig Thlr. 1. 26. 10. Summa: Thlr. 281. 12. 7.

Ausgang: 1100 Legitimationskarten Thlr. 6. 15. —. 1000 Statuten 1 Bogen 8° Pap. Druck und Papier Thlr. 12. 20. —. für Verwaltung an Herrn Th. Hort 4. Quartal Thlr. 15. —. —. für Auslage an Porto, Kopialien Thlr. 1. 26. 4. für Verwaltung der Hauptkasse incl. Briefporto Thlr. 7. 15. 3. Summa: Thlr. 43. 15. 7.

Vilanz: Gesamteinnahme: Thlr. 281. 12. 7. Gesamtausgabe: Thlr. 43. 15. 7.

In Kasse: Thlr. 237. 27. —.

## Abrechnung der Unterzweigkassen.

Eingang: Kassenbestand am Schluß des 3. Quartals 1871. Thlr. 8. 28. 4. Gehmlich Thlr. 2. 1. —. Altona 16. —. 3. Stade Thlr. 2. 12. 6. Weimar Thlr. 3. —. Leipzig Thlr. 8. —. Dresden Thlr. 4. 16. —. Luzern 3. Quartal Thlr. 1. 18. —. Erfurt Thlr. 4. 17. 6. Summa: Thlr. 51. 3. 7.

Vilanz: Gesamteinnahme: Thlr. 51. 3. 7. Bleibt in Kasse: Thlr. 51. 3. 7.

Im 3. Quartal, Guthaben von Altona Thlr. 22. 2. 8. An Erfurter Thlr. 12. —. —.

Revidirt und für richtig befunden:

G. Marwedel, B. G. Klein, H. Thämmer, Altona, d. 1. März 1872. H. Somann, Adolphstraße 32.

## Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

**Hannover.** Am 27. und 28. Februar fand hier eine allgemeine Schneiderversammlung statt. Vorsitzender war Rudolph, Schriftführer Unterzweigkassen. Die Versammlung fasste durch allgemeine Abstimmung folgende Beschlüsse:

- 1) Durch eine mittelst allgemeiner Abstimmung gewählte Kommission 30 Prozent Lohnhöhung zu beanspruchen.
- 2) Daß die zweite Anprobe bei einem Stücke nach Stunden berechnet wird.
- 3) Jede Tasche, welche sich über 4 hinaus in einem großen Stücke befinden sollen extra, und jede dritte Tasche in einem kleinen Stücke soll mit 2/3 Sgr. vergütet werden.
- 4) Daß die Arbeitszimmer um 7 Uhr geöffnet sind, und im Laufe der Zeit so eingerichtet werden, daß sie der Gesundheit nicht schädlich sind.
- 5) Einen Tarif mit der Namensunterzeichnung des Arbeitgeberers in der Werkstätte auszuhängen.
- 6) Wurde eine Kommission aus folgenden Mitgliedern bestehend gewählt: Schweinebart, Helmert, Lehmann, Kleiser, Schöndel, Arndt, Lotz, Wittel, Waldheim, Köhler, Steinwedel, Pöges, Karis, Reichelt, Meyer, Rütgen, Wulle, Knoche, Schimpf, Wisfar, Kampenthal, Brand, Duch, Breitenstein, Hartmann, Schaper, Rudolph.

Vor Zutritt wird dringend gewarnt. Strafe in Aussicht. Schröder, Ude, Schriftführer.

**Wittweida. Fabrikantenpiegel.** Unsern Herrn Bürgermeister wird die Welt bereits k'mien. Daß Dr. Stumme unser Bürger würdig ist, oder vielmehr, daß die sogenannten „Bürger“ ihrem würdigen Kommunen-Vater nachsehen, könnte ich aus vielen mir vorliegenden Beispielen nachweisen. Hier nur ein:

In der mechanischen Weberei von Kädiger & Söhne wollten einige Mädchen kürzlich einer Hochzeit anwohnen, und gingen deshalb zu ihrem Werkführer, einem gewissen Herrn Vogel, denselben um Urlaub zum nächsten Montag ersuchend, wurden aber sehr barisch abgewiesen, und als eine ausgeweckte Arbeiterin sich nicht so schnell abweisen ließ, so gab Herr Vogel sehr bößlich zur Antwort: „Wottow —! ich schmeiße Sie gleich zur Thüre hinaus, wenn Sie die G — nicht lassen!“ Die Mädchen fehlten trotz alledem Montags in der Fabrik, und als sie sich Dienstags wieder einstellen, fanden sie keine Schützen vor. Sie traten vor den Faktor Vogel, und fragten, ob er die Schützen hergeben wolle oder nicht. Die Antwort war: entweder freitabend oder 10 Rgr. Abzug pro Person. Die Mädchen gingen, freit murrend zur Arbeit, und richtig wurde Jeder von ihnen am Lohnstage 10 Rgr. Strafe in Abzug gebracht. Zwei ließen es gewähren, als man aber die dritte „bestrafen“ wollte, lehnte sich dieselbe gegen diese Gewaltmaßregel auf; sie wollte den verkümmerten Lohn nicht annehmen. Herr Kompagnon Just jun., welcher den Lohn auszählte, meinte: „So lassen Sie es liegen!“ — Das Mädchen erwiderte: „Ich bin nun 3 Jahr bei Ihnen, und habe noch nicht einen Tag Urlaub erhalten. Mein Vater kennt die Gesetze, aber da sieht von solchem Strafverfahren Nichts d'rin!“ — Herr Just: „Das geht mich Nichts an!“ — Aber die Gemahregelte war nicht auf den „opf“ gefallen und machte dem gestrengen Herrn die Bemerkung, indem sie ihr Geld nahm: „Ich will es einweilen nehmen und will sehen, wie es noch werden wird — mein Strumpf ist voll, an Ihrem Strumpfe fehlt vielleicht noch Etwas.“ Herr Just jun.: „Sie dummes Ding! Ich sollte Sie gleich zur Thüre hinausschmeißen!“ Die „Dreistigkeit“ des Mädchens ging dem Herrn Just doch zu weit, und er fragte sie, als sie folgenden Montags lieierte, was sie mit dem „Strumpfe“ gemeint hätte? Das Mädchen verlangte zur Antwort ihre 10 Rgr.; da meinte Hr. Just jun.: „Ich werde Sie wegen der Keuschheit belangen — und wegen der 10 Rgr. mögen Sie mich verflagen: ich finde Recht!“

**Gera.** In der am 24. Februar stattgefundenen Allgemeinen Weberversammlung referirte auf Verlangen Herr Albert aus Glauchau über die traurige Lage der Weber und die Mittel zur Besserung derselben. Redner sprach sein Befremden darüber aus, daß die Weber Gera's denen anderer Städte noch so nachhänden und sich in nur so geringer Zahl an die Organisationen anschließen, die doch darauf hinarbeiten, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Arbeiter sollten es doch den paar Einzelnen nicht allein überlassen und ihnen die Arbeit erleichtern, da nur mit vereinbarten Kräften etwas anzurichten sei. — Hierauf sprach Bohne aus Gera über die Beschlüsse der Versammlung, sich nicht von unsern Gegnern beirren zu lassen, die bloß lachten, die Arbeiter vom richtigen Wege abzubringen. Wer sich nur halbwegs um die Sache bekümmere, der sehe, wie sich die Fabrikanten „international“ verbinden; also wäre es auch Zeit, daß sich die Arbeiter international verbinden, um entschiedene Front machen zu können vor unsern Gegnern. Sie möchten sich ja da dort „international“ nicht als Popanz hinstellen lassen und sich nicht mit schallenden Worten einlassen lassen, worauf sich unsere Gegner, die Bourgeois, sehr gut verständnen. — Hierauf sprach Krüger den Zweck, den sich der hiesige Weberverein vorgesetzt hat, nämlich: Die Unterföhlung der Gemahregeln, Beseitigung der vorhandenen Uebelstände durch Besprechung derselben in der Presse, sowie Gründung einer Produktionsgenossenschaft. Hierauf wies ihm Albert nach, daß das Letztere zwar ein ganz guter Gedanke sei, aber die Arbeiter leider von dem geringen Lohn sich nicht viel erübrigen könnten; so lange wir nicht Staatskredit hätten, könnten derartige Genossenschaften dem Großkapital gegenüber die Konkurrenz nicht aushalten, trotzdem wolle er nicht abreden; Schaden könnte es nicht, wenn der Anfang dazu gemacht würde.

Es wäre wünschenswerth, daß die Arbeiter, vorzüglich die Weber, ihre Klassenlage erkennen möchten, zu denken anfangen und etwas mehr sich um die Arbeiterorgane bekümmerten als bisher, statt die national-liberalen Winkblätter zu lesen. Eines auf unsere Versammlung bezüglichen Zwischenfalles muß hier noch erwähnt werden, nämlich den Gesangsverein „Vorderfranz“ betreffend, welcher größtentheils aus Webern besteht. Es heißt doch immer, die Gesangsvereine helfen die Freiheit des Volks mit fördern; bei genanntem Verein kann dies aber der Fall nicht sein, da er mit seinem Gesang unsere Versammlung gefördert hat. Es verhält sich so: Obgenannter Verein tagte in dem an den Versammlungssaal anstoßenden Zimmer; auf unsere Bitte, sie möchten sich für diesen Abend ein anderes der leerstehenden Zimmer nehmen, gingen die Herren nicht ein, sondern strengten vielmehr ihre Kehlen so viel wie möglich an, um uns zu stören.

**Sonneberg.** 26. Februar. Laskers Knüttel in der Schule. Unsere Schullehrer bedürfen theilweise noch gründlicher Erziehung. Ein Beweis dafür möge hier folgen. Der Lehrer Hied verzeigte dem Sohne des hiesigen Lehrers Hiedrich mitgedrehten Nieren erster Qualität 30 bis 40 Hiebe, so daß der Junge, als der Vater Abends spät nach Hause kam, sich noch unter den Schmerzen schimmte. Der Vater, entrüstet über dieses Verfahren des Lehrers, schrieb dem Lehrer einen etwas derben Brief, was diesen veranlaßte, ihn wegen Verleumdung zu verklagen, und wurde derselbe auch zu 3 Thlr. Str. fe verurtheilt. Merkwürdig bei diesem Erkenntnis des Leipziger Gerichtsamts II ist, daß die ganze Sache abgemacht wurde, ohne daß der Verklagte auch nur ein einziges Mal vorgeladen wurde. Die oben erwähnte Bezeichnung gedrehter Nieren „erster Qualität“ kommt daher, daß der Lehrer als Strafmittel drei Arten gedrehter Nieren b'igte: Schwache, mittlere und starke; mit den starken erhielt der Junge die Strafe ertheilt.

**Leipzig.** 26. Februar. Die hiesigen Seilergehäusen haben sich vereinigt, um eine Lohnhöhung von ca. 25 Prozent und eine Kürzung der Arbeitszeit auf 65 Stunden wöchentlich zu erzielen. Die Einrichtung der sogenannten „Tagewerke“ soll ebenfalls beibehalten werden. Gleichzeitig hat eine Forderung der Gehältnen mit den Kleinweibern stattgefunden, damit Letztere, welche für die größeren Arbeitgeber liefern, ebenfalls mit den Preisen in die Höhe gehen. Eine Verknüpfung ist hierbei erzielt worden. Ob die geordneten Konzessionen gütlich von Seiten der Prinzipale bewilligt werden, läßt sich vorläufig nicht sagen. Wir bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter, diese Noth anzunehmen und vor Zutritt von Seilergehäusen nach Leipzig zu warnen.

**Stollberg.** Dafür, daß Herr Dr. Mindwiy, Vertreter unseres Wahlkreises im sächsischen Landtage, in der Kammer ein paar Worte gesprochen, als über die Eisenbahnlinie Stollberg-Ghemny debattirt wurde, glaubte Herr Baumeister G. Uhlmann „im Sinne aller patriotisch gesinnten Einwohner Stollbergs zu handeln“, wenn er die Vereine und Korporationen zur Unterstützung einer von ihm entworfenen Vertrauensadresse an Herrn Mindwiy aufforderte. Er richtete dieserhalb ein Schreiben an alle sächsischen Korporationen und gewerkschaftlichen Vereinigungen, unter Anderem auch an den Arbeiterbildungsverein: doch dieser erklärte in einer Resolution — welche Herrn Uhlmann schriftlich zugestellt wurde — der an ihn gerichteten Jammurung nicht entsprechen zu können, weil die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins 1) nicht zu den Wählern des Herrn Mindwiy gehören — abgesehen von dem Wahlkreis und den übrigen Bestimmungen des Wahlrechts — und 2) für Fahren, die ein Konfession baut und in erster Linie zur Bereicherung derselben dienen, sich nicht demagen echauffiren können, um einem Abgeordneten, der nur seine Pflicht gethan, eine so empfindliche Vertrauensadresse zuzusenden. —

**Göln.** Am vergangenen Sonntag fand hier eine Rauerer-Versammlung statt, einberufen von den Mitgliedern der Internationalen Rauerer-Gewerkschaft. Die Zahl der Mitglieder ist im Verhältnis sämtlicher hier arbeitenden Kollegen noch schwach, aber doch immer ansehnlich. Einige Mitglieder der Partei unterstützten die Rauererthätigkeit, so daß sich Viele einzeln ließen und man einstimmig beschloß: „die Arbeitgeber durch Circulare aufzufordern, die Stunde Arbeitszeit von 7—8 Abends abzuschaffen.“ — In 8 Tagen findet wieder eine Versammlung statt, in welcher die Sache noch weiter besprochen wird.

Für die Kameraden in der Umgegend diene also zur Nachricht, daß sie vorläufig den Zutritt von Fremden nach Göln so viel als möglich verhindern möchten.

Risch, Schriftführer.

Dem Erkenntnis des Braunschweiger Obergerichts entnehmend wir, als besonders wichtig, folgende Stelle:

„Die Manifestationen der Angeklagten hatten unverkennbar den Zweck, in ihren Parteigenossen die revolutionäre Gesinnung, welche sie selbst offen bekennen, hervorzurufen und zu kräftigen, damit die Zahl der Personen, welche sich kein Gewissen daraus machen, früher oder später bei sich darbietender Gelegenheit in Gemäßheit der alsdann ergehenden Aufforderung zum Handeln zu schreiten und an der gewaltsamen Umstürzung des bestehenden Theil zu nehmen, fortwährend größer werde. Ob ein solches Treiben, dauernd geduldet und ungeahndet bleiben darf, hat der Gesetzgeber zu erwägen. Der Richter ist nicht befugt, den wesentlichen Unterschied zwischen illoquenter Gesinnung und gesetzwidriger Handlung zu übersehen. Die Aufforderungen, welche sich darauf beschränken, auf die Gesinnung einzuwirken und diese zu einer Handlungsweise für die Zukunft geneigt zu machen, ohne daß jedoch für jetzt bestimmte oder bestimmbar Handlungen in Frage kommen, dürfen nicht verwechselt werden mit Aufforderungen zu wirklichen Handlungen, d. h. zu aktuellem Ungehorsam gegen einzelne bestehende Gesetze; während die letzteren Aufforderungen unter die Bestimmungen des Reichs-Straf-Gesetz-Buches fallen, werden die ersteren von diesem Gesetzbuche mit keiner Strafe bedroht.“

D, welche Lust, Soldat zu sein! Der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ wird von Mainz mitgeteilt:

„Ein Soldat hatte das Unglück, ein Tempo der Ladungsübungen etwas zu langsam zu machen. Nachdem der Sekonde-Lieutenant Adamy im 87. Infanterie-Regiment, ein geborener Nassauer, dem es in Nassau's Zeiten nicht gelingen wollte, Lieutenant zu werden, einige Donnerwetter losgelassen und „Esel“, „Kerl“ und „Rindvieh“ als Zugabe gesendet, schlug er dem armen, bis zum Zittern gebrachten Soldaten rechts und links derb ins Gesicht und übergab ihn dann einem neuen Beutiger, einem Unteroffizier, der den armen, weinenden Soldaten wenigstens 10 Minuten lang sofort Dauerlauf machen ließ. Ferner waren wir Zeuge, wie Adamy einen andern Soldaten, als derselbe eine falsche Fußstellung machte, an Schenkele und Hüfte ein harnberziges Tritte versetzte.“

Unser in Haft befindliche Parteigenosse Dittrich aus Schandau, Redakteur der „Nemesis“, der am 17. Januar wegen „Majestätsbeleidigung“ und Herabwürdigung von Staats-einrichtungen zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, stand am 9. Febr. vor dem Bezirksgericht in Pirna wegen „Beleidigung des Kaisers und des Landesherrn“ durch Abdruck des Artikels „Rassische Präger“ in Nr. 1 der „Nemesis“. Dittrich wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Reutlingen. Bei einer am 24. Februar abgehaltenen Weber-versammlung in Reutlingen, in welcher sich wie in einer vorhergehenden Versammlung herausstellte, daß ein täglicher Durchschnittslohn von nur 38 Kreuzern hier zu erzielen ist, erklärten sich die circa 70 anwesenden Weber nach nochmaliger Erörterung unserer Prinzipien für folgende Resolution: Die heutige Versammlung der Weber in Reutlingen erklärt sich mit den Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einverstanden. Ferner sind die Unterzeichneten Willens, mit der Zeit eine Arbeiterproduktivkoalition zu gründen. (Folgen 32 Unterschriften.)

Zugleich erfordert es die Gerechtigkeit, daß wir folgende barbarische Handlung eines Fabrikanten, Carl Gmünder von Reutlingen veröffentlichen. Vor 14 Tagen kam dessen Webermeister auf dem Comptoir in Conflit mit ihm, worauf Herr Gmünder von seiner **Rechtschändlichen Angefichts** der anwesenden Comptoiristen an dem Meister Gebrauch machte, das heißt, er suchte ihn durch; noch nicht genug damit, auch Frau und Kind mußten es entgelten, denn Herr Gmünder hatte nichts Geringeres zu thun, als die beiden Abends nach 8 Uhr aus der **Fabrikwohnung hinauszujagen, so daß die ganze Familie bei Nacht und Nebel im Gasthof zum Hirsch in Pfullingen um Herberge sich umsehen mußte; der Fall ist bereits bei dem Gericht anhängig gemacht.**

Wir machen die Webermeister deshalb aufmerksam, sie mögen nicht gerade glauben, wenn sie eine Meisterstelle haben, daß sie dann gegenüber den Arbeitern persönlich mehr werth seien; mitunter thun die Meister so, indem sie direkt zur Ausbeutung noch beitragen, um ihre Stellung zu erhalten.

**Chemnitz. Myster von einem Polizeiarrest.** Ich komme am 26. Novbr. v. J. Nachmittags mit einigen Freunden nach **Wittgenstorf**, um in einer beabsichtigten Versammlung zu sprechen; im Gasthof angekommen, erfuhr ich, daß die Versammlung des „**Totenfestes**“ wegen verboten sei; ich verfüge mich vom Saal, in welchem sie stattfinden sollte, in ein Nebenzimmer, eine Anzahl Leute gestellten sich zu mir, ob aus Zufall oder Absicht, weiß ich nicht. Ich unterhalte mich mit den Leuten und zwar so laut, daß Jeder mich verstehen konnte, und Alles hörte mir aufmerksam zu; inzwischen kommt ein mir unbekannter Mann und verbietet mir das Reden, indem er sich als der Einberufer gerirt, doch ich erzähle weiter; ein oberer zwei andere Gäste laßen etwas aus den Statuten der Gewerkschaft vor, was mich wieder nichts anging, ich aber hatte auch kein Recht, diesen das Lesen zu verbieten, vielmehr habe ich noch darauf aufmerksam gemacht. Alles das war eine reine Privatunterhaltung, wie jedes andere Wirthshausgespräch. — Darauf bekomme ich folgenden amlichen „Beschreib.“

„Der Weber Julius Bruno Wendler hat, wie durch seine eigenen Aussagen in Verbindung mit den Aussagen Lindners und Peuffer's und durch die sonstigen Erhebungen festgestellt worden, Sonntag den 26. November 1871 Abends in einem eine Treppe hoch gelegenen größeren Zimmer des Steinbach'schen „Gasthofs zur goldenen Sonne“ in **Wittgenstorf**, wohin er sich begeben hatte, um in einer seineres Wissens dahin einberufenen öffentlichen Versammlung über Zweck und Nutzen der sozialdemokratischen Arbeitervereine und über die Gewerkschaften zu reden, zu denjenigen Leuten, welche sich daselbst zufolge der seiner Zeit durch Anbringung bezüglicher Strafanträge bewirkten, wenn auch später durch Abnahme dieser Anträge wieder rückgängig gemachten, öffentlichen Einladung, eingefunden hatten, nach Begrüßung der Versammelten über jene und ihnen verwandte Gegenstände gesprochen, auch die Statuten der internationalen Gewerkschaften verlesen lassen, obwohl ihm nicht nur bereits bei seiner Ankunft in Steinbach's Gasthof von Anwesenden, sondern auch später von dem, während seiner Red- erst ankommenden Einberufer der Versammlung, daß diese des damals gefeierten Totenfestes wegen nicht stattfinden dürfe, mitgeteilt und zugleich ausdrücklich untersagt worden war, weiter zu reden.“

Wenn schon nun nicht hat festgestellt werden können, daß diese Versammlung das vollständige Gepräge einer öffentlichen Versammlung mit förmlicher Eröffnung, Wahl eines Ordners und Handhabung parlamentarischer Ordnung dieses Leiters gezeigt habe, so kann doch andererseits kein Zweifel darüber obwalten, daß die Versammlung in Wirklichkeit eine öffentliche gewesen ist und daß Wendler kraft eigener Annahme sie eröffnet und sie geleitet hat und in ihr als Redner aufgetreten ist, und es verdient sein Ansehen, er habe den einmal Anwesenden nur etwas erzählt, um so weniger Beachtung zu seinen Gunsten, als sein Gebahren dabei nichts weniger als den Charakter einer privaten Erzählung, sondern vielmehr den einer öffentlichen Rede an sich getragen hat, und über dieß deutlich zeigt, daß es ihm nur um eine wissenschaftliche und abschließliche Umgehung des ihm bekannt gewordenen Verbots der Abhaltung jener Versammlung zu thun gewesen ist.

Wendler ist deshalb auf Grund §. 366 Nr. 1 des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs vom 15. Mai 1871 in Verbindung mit §. 8 und 11 des Gesetzes vom 10. September 1870, die Sonntag-, Fest- und Vortagefeier betr. und §. 4 und 33 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. November

1850 das Vereins- und Versammlungsrecht betr. mit 2 Thlrn. Geldstrafe, aber im Unvermögensfalle mit 3 Tagen Haft zu belegen und die durch gegenwärtige Untersuchung erwachsenen Kosten zu bezahlen schuldig.

Chemnitz, den 15. Febr. 1872.

Die Polizei-Behörde.  
Geier, Stadtrath.  
Ruhn, Assessor.

(L. S.)  
„Wenn schon nun nicht hat festgestellt werden können, daß die Versammlung das Gepräge einer öffentlichen Versammlung gezeigt habe, so kann doch andererseits kein Zweifel darüber obwalten, daß die Versammlung eine öffentliche gewesen ist.“ Das geht noch über den Rühr!

**Glaichhammer.** Sonntag, den 11. und 17. Februar hielten wir hier zwei gut besuchte Versammlungen ab. Unsere Freunde aus Nürnberg erklärten zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden das Eisenacher Programm, die Folge davon war, daß 20 Arbeiter in die Parteiliste sich einzeln ließen. Auch standen 2 Gesundheitswärter vor der Thüre. Man erinnert sich da unwillkürlich des Sprichworts, das den Reim hat: „Wand“ — „Schand“.

**Leipzig.** In Bezug auf die in unserer vorigen Nummer erwähnten Leipziger Angelegenheiten erfahren wir aus dem „Tageblatt“ Folgendes:

1) Unsere Notiz über die Maßregelung des Arbeiters der Frankenschen Fabrik welcher die (schließlich bewilligte) Lohnhöhung anregte, war richtig. Nur muß hinzugefügt werden, daß sich der fragliche Fall nicht auf die neueste Lohnhöhung, sondern auf die vor Weihnachten bezieht.

2) Graf Boninski erklärt, daß er wohl „mit großem Eifer die Wissenschaft (!) des Spiritismus pflegt“, nicht aber seine Frau, welche der Sache gänzlich fernstehe. Dadurch wird aber der Verdacht, daß das projektirte „Böschungsschl für Fabrikarbeiterinnen“ für spiritistische Zwecke ausgebeutet werden könnte, durchaus nicht beseitigt, da es in der Natur der heutigen Ehe liegt, daß die Frau von dem Manne beherrscht wird. Als charakteristisch verdient übrigens angeführt zu werden, daß der Hauptanimator des Spiritismus, Herr Boninski, es eine „Verläumdung“ nennt, daß wir seiner Frau Sympathie mit der Anschauung ihres Gekagten zugewendet haben.

3) Professor Bod vertritt, daß ihm seitens der Redaktion des „Tageblattes“ kein Hinderniß gegen die Fortsetzung seiner Schularbeit in den Weg gelegt werde. Nun — warum wir das Erscheinen der Artikel ab! „Lebtrigen“ — sagt Herr Bod weiter — „sei dem „Volksstaat“ hiermit erklärt, daß ich mir eine Gemischnung (!) in meine (!) Angelegenheiten ernstlich verbitte, da ich mich schon selbst zu wehren verstehe, wo dies nothwendig sein sollte.“ Was der Mann unter „meine Angelegenheiten“ versteht! „Meine Angelegenheiten“ könnte Herr Professor Bod es nennen, wenn sich Jemand um seine hierologischen Studien kümmern wollte. Wenn man aber Artikel über das Schulwesen schreibt, so sind das nicht „meine Angelegenheiten“, sondern öffentliche Angelegenheiten, die Jedermanns Interesse in Anspruch nehmen, und wir „verbiten uns“ ernstlich jeden Versuch des Herrn Bod, uns Vorschriften in Betreff unserer journalistischen Pflichten zu machen. — Ob unser Gewährsmann an „Schwöbphantasmen“ leidet, wissen wir nicht, wir wissen aber, daß das Uebel der Schwächlinge ein ziemlich verbreitetes ist, sonst müßte Herr Bod wissen, daß er irgendwo erklärt hat, es wäre ihm nicht unerwünscht, wenn sich aus dem Publikum Zustimmungsvota für seine Artikel vernehmen ließen, und daß er — dies haben wir aber nicht von einem „Bekanntem Bod“ — Herrn Hättner, welcher dem Einsetzen eines solchen Votums „Bod's ausdrücklich ausgesprochenen Widerwillen gegen solche Kundgebungen“ vorredete, offen dementirte. — Wir glauben, daß Herr Bod vor der Tragweite seiner Schularbeit bereits selber erschrickt.

**Mittweida, 6. März.** Ufert ist zu 3monatlichem Gefängnis verurtheilt worden, mit Anrechnung der Untersuchungshaft von 2 Monaten. Er ist aus der Haft entlassen.

**Für politische Gemahregelte**  
sind ferner an Unterstützungsgeldern eingegangen:  
Von Mannheimer Parteigenossen 15 Sgr., Glauchau durch Albert 12 Thlr., Vichienstein-Gallenberg 1 Thlr., Wiesbaden von Ch. Polz 3 Thlr. 20 Sgr., Stollberg E. Fiedt 2 Thlr. 5 Sgr., Bernsdorf bei Vichienstein durch Barth 1 Thlr. 10 Sgr., Scharnbeck durch Günther 1 Thlr. 24 Sgr. 2 Pfg., Gera durch Brätter 2 Thlr., Nylan durch Reichelt 1 Thlr., Rülisen St. Niclas durch J. Lenz 2 Thlr. 23 Sgr. incl. 2 fl. 30 kr., von Dr. Herrn. Niethammer, wofür den Geborn hiermit unser Dank ausgesprochen wird.  
Hamburg, den 7. März.  
H. Bennede, Kassirer.  
Kl. Schäferamp 34.

Zugleich erlaube ich hierdurch die Parteigenossen wiederholt, der bedeutenden Porto-Ersparung halber, doch die Gelder per Postanweisung, (Post-Einzahlung auf der Post) einzusenden. Etwaige nothwendige Bemerkungen, von wem und wofür das Geld, wolle man auf den Augen der Postanweisung machen.

**Zur gefälligen Notiznahme.**  
Verschiedene Parteigenossen scheinen den „Volksstaat“ sehr schlecht zu lesen, man würde sonst längst gefunden haben, daß Unterzeichneter Kl. Schäferamp 46a wohnt.  
E. Dord.

**Bekanntmachung.**

Der bisherige Inhaber der Filiale des „Volksstaat“ in Mainz

**Peter Paulus**  
hat die Abonnementsgelder des IV Quartals 1871 zwar kassirt aber nicht abgeliefert, und ist seit Kurzem spurlos verschwunden.

Indem wir dem pp. Peter Paulus aus Mainz hiermit als Betrüger an der Partei der öffentlichen Verachtung übergeben, sehen wir uns veranlaßt, wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die Parteimitglieder an den Orten, wo Filialen sich befinden, laut Beschluß des Stuttgarter Kongresses vom 7. Juni 1870 und § 5 des Reglements für die Filial-Expeditionen, abgedruckt in No. 25 des „Volksstaat“ vom 5. April 1870, die volle Verantwortlichkeit für die richtige Ablieferung der Gelder übernehmen resp. für jeden Defekt solidarisirlich haften müssen. Da es wahrheitsgemäß ist, daß Peter Paulus ins Ausland geflüchtet ist, vielleicht gar in Amerika sein Unterkommen zu finden versucht, machen wir die Parteigenossen im Ausland besonders noch auf denselben aufmerksam.

Die Parteiblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.  
Die Verwaltungskommission des „Volksstaat“.  
(2) 1

**Für Feuerbach.**  
Vom Weberfortbildungsverein Glauchau 2 Thlr. 6 Sgr.

**Briefkasten**  
der Redaktion: A. Scheu, Wien: Das Gründungs-Comitee der Glasarbeiter-Verbindung in Kitzbühl-Kaltenau (in Böhmen) läßt Sie fragen, ob Sie recommandirten Brief vom 14. Febr. erhalten haben. J. in Hamburg: Ihren Brief haben wir an Most geschickt, der vielleicht Auskunft geben kann.  
der Expedition: Rothb. in Stollberg f. Annone 5 Sgr. 5 Pfg. Knüller in Augsburg: Ihre Annone kam zu spät. Aus Berlin: Cassefars Rede über die Internationale ist durch uns zu beziehen; so bald Photographien von Mitgliedern der Commune vorhanden sind, wird es annoncirt. Sch. in Dresden: 5 Thlr. 10 Gr. erh.

W. in Döbeln: Brief habe ich erhalten. Besten Dank. Webel. — G. in Frankfurt a. M.: Geld erhalten, Karte nach Hannover abgeschickt.

**Arbeitsmarkt.**  
Zwei gut geübte Stuhl- und Möbelpolierer, welche in allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln Genügendes leisten können, suchen dauernde Beschäftigung, sei es in oder außer Deutschland.  
Selbige sind verheirathet und Familienväter.  
Adresse: An Julius Albrecht oder Reinhold Heber in Waldheim.

Ein zweifacher Buchbinder findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn, in der Buchbinderei von J. Bock, Hannover, Radmacher-Strasse Nr. 8.

**Theilhaber-Gesuch.**  
Zur Gründung einer Produktivkoalition in Württemberg, Station Reutlingen oder Reutlingen (Spinn- und Webgenossenschaft in Stoffe- und Wollartikel, ähnlich wie Grimmitzshau) werden Gesellschafter gesucht, die aber erprobte Sozialdemokraten sein müssen, und werden deshalb solche künftige Parteigenossen ersucht, ihre Offerte wie eine Angabe ihrer etwaigen Einlage schriftlich anzuzeigen unter der Adresse: Carl Krenz, Schloßgasse, Pfullingen (Reutlingen).

**Anfrage an Herrn Tobias Auer in Nürnberg.**

1) In Nr. 79 des „Volksstaat“ von 1871 (Fond für politisch Gemahregelte) befindet sich quittirt von den Arbeitern der Klett'schen Fabrik 2 Thlr.; weitere 2 Thlr. schickten Sie laut eigener Erklärung an die Barmer stehenden Metallarbeiter, welche bis heute noch nicht quittirt sind. Wo ist das Geld?

2) Montag, den 25. Septbr. 1871 übergab ich Ihnen 2 fl. 6 kr. in der Partei-Versammlung (unter dem Vorhine Baumanns) für die Gemahregelten, als Sie erklärten, Brochüren zu kaufen, um einen Reinertrag zu gewinnen und dann beides abzugeben. Wo ist das?

3) Warum erklärten Sie, als ich Ihnen zu Leibe ging wegen des unüberlegten Vorgehens der Kramer-Klett'schen Arbeiter, die Sie durch den „Nürnberg Anzeiger“ in Bewegung setzten: „Ich bin aus der Partei ausgetreten“? Dieses haben Sie gethan, als die meisten Arbeiter und Parteigenossen an Ihrer Ehrlichkeit zweifeln wurden.

4) Warum haben Sie sich der Öffentlichkeit gegenüber hinter die Partei verdeckt bei Gelegenheit jener Bewegung, gegen die Partei aber ganz abject gehandelt?

Rögeldorf, 25. Febr. 1872. **Guard Weinitsch.**  
NB. Alle Arbeiter, welche Aufschlüsse über jene Sammlungen geben können, eruche ich freundlichst darum.

**Für Augsburg.**  
Ich bringe den hiesigen Parteigenossen hiermit zur Kenntniß, daß ich bis 1. April die Filial-Expedition des Parteiorgans aufzugeben gedenke und eruche, in der nächsten Parteiversammlung einen anderen Parteigenossen zur Uebernahme der Filial-Expedition zu bestimmen. Auch eruche ich alle, die noch Brochüren- und Abonnementsgelder an mich zu entrichten haben, dies im Lauf dieses Monats zu thun.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
J. Gubra, C. 361.

**Deutsche Sektion der internationalen Arbeitergesellschaft in Berviers (Belgien).**  
Sonntag, den 17. März, im Lokal des Hrn. Deuchenne, rue Fyon, Spintay, Großes Meeting unter Mitwirkung von Kölner Parteigenossen, wozu alle Arbeiter-Körper eingeladen werden.  
Tagesordnung: Kapital und Arbeit. (2) 1

**Für Leipzig.**  
**Internationale Metallarbeiterschaft.**  
Versammlung Montag, den 11 März Abends 8 Uhr im Arbeiterbildungsverein Alterstr.

Tagesordnung: Berathung über die abzuhaltende Generalversammlung der Metallarbeiterschaft, und Kongreß sämtlicher Gewerkschaften. (Referent Schrader.)  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
Leipzig. Nächste Versammlung Montag Abend 8 Uhr in der Restauration von Göb, Nikolaistraße 51. Tagesordnung: Der Gewerkschafts-Ausschuß in Hamburg. Der Arbeitsnachweis in den Gewerkschaften.  
Aufnahme neuer Mitglieder.

1/2 Sgr. Sozialdemokratische Arbeiterlieder. 25 Stk.  
pr. St. „Volksstaat“ 8 Sgr.  
Zu beziehen durch die Expedition des „Volksstaat“.  
Herausgegeben von J. Franz  
in Jülich-Gottingen, Thalstraße 18.  
NB. Der Reinertrag dieses Unternehmens ist — und zwar unter Kontrolle des „Internationalen Arbeitervereins Jülich“ — ausschließlich der Unterstützung unserer drei Hauptorgane deutscher Sprache, „Volksstaat“, „Volkswille“ und „Tagewacht“ gewidmet!

**Ankündigung.**  
Der bereits seit längerer Zeit mit Spannung erwartete, sozialpolitische Roman:

**Am Webstuhl der Zeit**

von  
A. Otto-Walster,  
welcher in einer spannenden Erzählung und in reichen Bildern das gesammte Leben und Leben der Neuzeit vollständig schildert und darstellt, bereits im „Volksstaat“ als Feuilleton-Beilage theilweise veröffentlicht, wegen des Krieges abgebrochen werden mußte, und neuerdings im Hochvertrats-Prozess zu Braunschweig eine bedeutende Rolle spielte, wird vom 1. März an in ununterbrochener Folge  
als Feuilleton des „Dresdner Volksboten“  
erscheinen.

Der „Dresdner Volksbote“ erscheint täglich Abends, mit Ausnahme des Sonntags, und kostet monatlich 6, vierteljährlich 18 Gr. — Neueintretende Abonnenten erhalten das Blatt bis zum 1. März gratis. — Frühes Abonniren ist dringend nöthig, da beim Druck der Ausgabe nur die bereits bestehende Abonnentenzahl berücksichtigt werden kann.

Die Expedition des „Dresdner Volksboten“,  
große Brüdergasse 12, zweite Etage.

Durch die Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:  
**Rathgeber für Gewerbetreibende,**  
ein getreuer Führer durch alle Verhältnisse des Familien- und Geschäftslebens in acht Lieferungen, zusammen 1 Thlr. 10 Gr. (2)

**Zu Trutz und Schutz**  
Festrede, gehalten von W. Liebtnecht zum Stiftungsfest des Volksvereins in Grimmitzshau.

2 1/2 Bogen. Ladenpreis 4 Sgr., durch die Expedition des „Volksstaat“ oder deren Filial-Expeditionen und Kolporteurs bezogen 2 1/2 Sgr.

„La Revanche“ de la France et de la Commune, par un représentant du peuple de Paris. Preis 1 1/2 Ngr. (2)

„La Dernière Révolution“ Réponse à l'Assemblée Souveraine de Versailles, par le citoyen C. F. Gambon, Ex-représentant du Peuple, Membre de la Commune de Paris et du Comité de Salut public. Preis 5 Ngr.

Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation, abgehalten zu London vom 17.—23. Septbr 1871. Einzelpreis 5 Pf., in Partien 3 Pf.

**Bebels Reichstagsreden**  
gehalten in der II. Session des Reichstags.  
kosten broschirt Exemplar 1 1/2 Sgr. 33 Stück 1 Thlr., 100 Stück 3 Thlr.

„Der Bürgerkrieg in Frankreich“ Adresse des Centralraths der Internationalen Arbeiterassoziation an die Mitglieder in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika. Partiepreis 2 Ngr. Einzeln 2 1/2 Ngr.

„Der Normalarbeitstag“ von G. Hirsch. Preis 1 1/2 Ngr.

W. Liebtnecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie. 2. Aufl., mit einem Nachwort und einer tragikomischen Prologschichte. 2 —  
Ein Kapitel über Volksouveränität. 1 5

Ferner sämtliche Vassalle'sche und alle andern sozialistischen Schriften.  
Leipzig: Verantw. Redakteur A. Heyner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von J. Thiele.